

SoVD fordert mehr Transparenz bei Klinikreform

## Patienten dürfen nicht leiden!

**In der Theorie hört es sich immer so schön an: Zwei Kliniken werden zusammengelegt, Stationen werden konzentriert, Strukturen gestrafft. So auch der Plan bei der Bremerhavener Klinikreform. Damit diese nicht zum Sparpaket wird, fordert der SoVD mehr Transparenz.**

Zusammenlegungen werden meist auch gleich zum Einsparen von Personal genutzt. Eine Zentralisierung von Stationen bedeutet nichts anderes, als eine schlechtere Vor-Ort-Betreuung. Vor diesem Hintergrund fordert der Bremer SoVD-Landesvorsitzende Gerd Meyer-Rockstedt die von allen Beteiligten oft zitierte Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern auch tatsächlich wahrzunehmen: „Die Reform kann und darf keine Reduzierung des Personals bedeuten. Das würde die ohnehin dünne Personaldecke noch mehr schmälern und damit die Qualität senken.“ Es dürfe niemals nur nach nackten Zahlen entschieden und gehandelt werden, so Meyer-Rockstedt, denn „es geht hier um den Dienst am Menschen. Die Patienten dürfen nicht lei-

den, eine würdevolle Patientenpflege muss sichergestellt sein.“

Neben den Patienten geht es dem SoVD Bremen aber auch um die rund 2600 Bremerhavener Klinikmitarbeiter: „Die Mindestlohndiskussion darf auch hier nicht außen vor bleiben. Sonst hätte man vielleicht gestraffte Strukturen geschaffen, wie es Uwe Bielefeld, Vorsitzender der Stiftung DRK-Krankenanstalten Wesermünde, formuliert hat, aber auf Kosten eines einseitig gestraf(f)ten Personals.“

Der SoVD Bremen fordert beim weiteren Umsetzen der Klinikreform absolute Transparenz – auch und vor allem gegenüber den Mitarbeitern und der Öffentlichkeit. Wenn Strukturen geschaffen werden sollen, die weit über Bremerhaven hinausleuchten, so kann das nur

durch zufriedene Patienten und motivierte Mitarbeiter erreicht werden. Unsichere Zeitverträge hingegen motivieren die Mitarbeiter nur in einem geringen Maße, wenn überhaupt.

Ein weiterer Aspekt der nur sehr wenig kommuniziert worden ist, ist der Nutzen der Klinikreform. Wenn beispielsweise die Verlegung der Geriatrie in Erwägung gezogen wird, begleitende medizinische Bereiche aber nicht auch am neuen Ort vorzufinden sind, ist fraglich, ob dies im Sinne der Patienten ist. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Geriatrie in Bremerhaven erst kürzlich ihren Dienst aufgenommen hat. Die Kosten dafür waren relativ hoch. So stellt sich die Frage nach den Gesamtkosten der Klinikreform und dem diesen gegenüberstehenden Nutzen.



**Von links: Rosemarie Rahns, Hannelore Cirit, Hannelore Döring, Erika Immoor, Barbara Lahmeyer und Renate Mathias.**

Landesfrauenarbeitskreis Bremen

## Arbeit aufgenommen

**Im Oktober traf sich der Landesfrauenarbeitskreis zu seiner ersten Sitzung in der Landesgeschäftsstelle des SoVD Bremen.**

Im Zuge dieser ersten Sitzung stellte sich der neue Arbeitskreis vor. Des Weiteren berichtete die Landesfrauensprecherin Erika Immoor über die Sondersitzung des Bundesfrauenausschusses, die im September stattgefunden hatte. Weiterer Programmpunkt war der Bericht zur ebenfalls im September stattgefundenen Sitzung des Bremer Frauenausschusses. Der Landesfrauenarbeitskreis des SoVD Bremen setzt sich wie folgt zusammen: Landesfrauensprecherin Erika Immoor; Hannelore Cirit, Hannelore Doehring, Rosemarie Rahns, Barbara Lahmeyer, Heike Tassis und Renate Mathias.

SoVD-Landesvorsitzender schließt sich Kritik an

## Bildungspaket korrigieren

**Anlässlich der Zwischenbilanz zum Bildungspaket schließt sich Bremens SoVD-Landesvorsitzender Gerd Meyer-Rockstedt der bundesweiten Kritik an.**

Auch für Meyer-Rockstedt ist es nicht überraschend, dass ein halbes Jahr nach dem Start des Bildungspaketes die Bilanz mager ausfällt. Hohe bürokratische Hürden und fehlendes Personal in den Jobcentern würden die Vermittlung spürbar erschweren. Durch die Gutscheinregelungen würden

betroffene Kinder und ihre Familien geradezu verschreckt. Aus Bremer Sicht sei besonders die schwache Nachfrage nach Angeboten zur Lernförderung besorgniserregend. Um das Bildungspaket gerade auch in Bremen und Bremerhaven nicht weiter zu verstoßeln, seien rasche und zielgerichtete

Maßnahmen erforderlich. „Die Gutscheinregelung muss abgeschafft und in den Jobcentern zusätzliches Personal eingesetzt werden“, so der Landesvorsitzende. Außerdem seien persönliche Anschreiben, in denen die Betroffenen über mögliche Bildungsleistungen informiert werden, erforderlich.

Landesverband Bremen

## 12 000. SoVD-Mitglied begrüßt



**V. li.: Joachim Wittrien, Paul-Heinz Schlüter und Lars Müller.**

**Mit den Neumitgliedern Paul-Heinz Schlüter und Partnerin hat der SoVD Bremen bereits über 12 000 Mitglieder.**

Der Dank für steigende Mitgliederzahlen gebührt den Ehrenamtlichen, die engagiert über den SoVD informieren. Die politischen Parteien in Bremen haben ca. 9700 Mitglieder. Damit ist der SoVD der größte sozialpolitische Interessenvertreter im Lande – eine Stimme, die gehört werden sollte.



## Personalien

Der Bremer Landesschatzmeister **Joachim Wittrien** wurde auf der 19. Bundesverbandstagung des SoVD in Berlin in das SoVD-Präsidium gewählt. Der Landesverband Bremen freut sich, mit Joachim Wittrien einen Vertreter auf Präsidiumsebene zu haben.



## Urteile

Eine Verfassungsbeschwerde gegen die Anrechnung einer Einkommensteuererstattung auf Arbeitslosengeld II blieb erfolglos (AZ: 1BvR 200/11). Im betreffenden Fall blieb die Klage in den Vorinstanzen ohne Erfolg. Mit der Begründung, dass eine nach Antragstellung auf Grundsicherung zugeflossene Einkommensteuererstattung nicht Vermögen, sondern Einkommen darstelle und daher bedarfsmindernd zu berücksichtigen sei. Die Beschwerdeführerin sah sich durch diese Entscheidung in ihrem Grundrecht auf Eigentum verletzt. Ihre dagegen gerichtete Verfassungsbeschwerde wurde nicht zur Entscheidung angenommen. Die Beschwerdeführerin werde durch die Anrechnung der Einkommensteuererstattung auf steuerfinanzierte Sozialleistungen nicht in ihrem Grundrecht auf Eigentum verletzt. Denn die Anrechnung vermindere nicht den als Eigentum geschützten Steuererstattungsanspruch, sondern führe zu einer Verringerung ihres Sozialleistungsanspruchs, so das Bundesverfassungsgericht.